

Voraussichtlich letzte Tripartite-Tagung in dieser Legislatur

# Konzentration auf Umsetzung des Konsenses

Es war wohl die letzte Tripartite-Sitzung dieser Legislatur. Das ließ jedenfalls Staatsminister Jean-Claude Juncker gestern Abend nach einer erneuten Dreierunde von Regierung - fast sämtliche Mitglieder waren vertreten -, Patronatsverbänden und Gewerkschaften durchblicken. Nach viereinhalb Stunden Verhandlungen im Außenministerium, in deren Mittelpunkt das „Konjunkturpaket“ der Regierung stand, das Juncker am Vortag bereits dem parlamentarischen Spezialausschuss zur Wirtschaftskrise unterbreitet hatte, herrschte gestern dem Vernehmen nach Einigkeit darüber, dass zuvorderst die konsensfähigen Maßnahmen umgehend umgesetzt werden müssen - das Vorziehen öffentlicher Investitionen und die Vereinfachung administrativer Prozeduren, damit sie schnell in der darübenden Wirtschaft ankommen.

## Dicke Maßnahmenkataloge

Dazu bedarf es bekanntlich einer Reihe von Gesetzesänderungen - zum Beispiel die Überarbeitung des Kommodo/Inkommodo-Gesetzes, die Heraufsetzung der 7,5 Millionen Euro-Grenze, ab dem ein Gesetz für eine öffentliche Investitionen erforderlich ist usw., die spätestens am 7. Mai die „Chamber“ passieren müssen. Details über die Tripartite-Entscheidungen, zu denen auch die Heraufsetzung der Kurzarbeitsentschädigung auf 90% gehört, wenn der Betroffene sich zur Fortbildung bereit erklärt, sollen am Freitag zunächst im Regierungsrat und dann vor dem „Chamber“-Spezialausschuss zur Wirtschaftskrise erörtert werden. Wie weiter von Tripartite-Teilnehmern zu erfahren war, wurde auch über die Ausdehnung der möglichen Kurzarbeitsdauer in Unternehmen nachgedacht.

Die Dachorganisation des Patronatsverbands, die „Union des Entreprises Luxembourgeoises“, und die Saliariatskammer hatten beide extensive Maßnahmenkataloge zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Luxemburgs und zur Ankurbelung der Wirtschaft vorgelegt. 109 Maßnahmen umfasst zum Beispiel das UEL-Papier (<http://www.uel.lu/fr/position/index.php>).

## Indexdiskussion ausgeklammert

Im ersten Kapitel befasst sich die UEL mit dem Impakt der Indexbranche vom 1. März, die mit 400 Millionen Euro für die Wirtschaft zu Buche schlägt. Um wenigstens einen Teil dieser Belastung schultern zu können, fordert der Verband, wenigstens den Patronatsanteil daran mindestens bis Ende 2009 von der Anpassung auszunehmen. Vorgeschlagen wird neben einem Moratorium auf den Kollektivvertragsverhandlungen für 2009 und 2010 auch die Fortsetzung der Indexmodulierung über das Datum vom 1. Januar 2010 hinaus. Die Tripartite vom April 2006 hatte bekanntlich festgehalten, dass zu diesem Datum die automatische Indexanpassung wieder normal spielen soll. Die UEL beharrt ferner auf ihrer Forderung nach einer Begrenzung der Indexierung auf 1,5mal den Mindestlohn. Diese Diskussion wurde dem Vernehmen nach gestern allerdings gleich vom Staatsminister ausgeklammert.

Die Verwaltungsvereinfachung ist ein weiterer Schwerpunkt für die Absicherung der Wettbewerbsfähigkeit für Luxemburger Unternehmen. Die Einführung des Prinzips „silence administratif après un délai prédéfini vaut autorisation sous réserve du respect des lois et règlements en vigueur“, eine Überarbeitung der Kommodo/Inkommodogesetzgebung und die Eins zu Eins-Umsetzung von EU-Direktiven würden der Wirtschaft in den Augen der UEL helfen, genau wie eine Ausdehnung auf ein Jahr der Referenzperiode für die Arbeitsorganisation sowie die Einführung des längst versprochenen „compte épargne temps“-Systems. Als kurzfristige Maßnahmen zur Ankurbelung der Wirtschaft findet sich im UEL-Papier unter anderem die Ausdehnung der staatlich garantierten Unternehmenskredite sowie die Einsetzung eines „Médiateurs“ für Betriebe mit Finanzierungsschwierigkeiten.

Branchenspezifisch müsste die Kommunikation rundum den Finanzplatz intensiviert werden und

den Personalkader der Bankenaufsicht auch für ausländische Finanzexperten öffnen. Baubranche und Handwerk kämen sofort die Anhebung der 7,5 Millionen Euro-Grenze, ab dem ein Gesetz für eine öffentliche Investition erforderlich ist, entgegen. Neben einer schnellen Reform des Gemeindeamenagerungsgesetzes, der Öffnung des Markts für Sozialwohnungen auch für Privatpromotoren und der Sensibilisierung der Gemeinden, ihre Bauprojekte in Krisenzeiten aufrecht zu erhalten, würde die verstärkte Unterstützung der Haushalte bei Energiesparungsmaßnahmen oder bei Überbrückungskrediten helfen. Industrie, Handel, Handwerk und Dienstleistungsbetriebe warten u.a. auf eine „task force“ zur Umsetzung des 3. Aktionsplans für KMUs und den längst überfälligen Sektorplan „Aktivitätszonen“ und auf staatliche Unterstützung beim Übergang zu energiesparenden IT-Infrastrukturen. Im Kapitel mittel- und längerfristige Strukturereformen finden sich u.a. die Forderung nach der Ausarbeitung einer integrierten Kommunikationsstrategie für den Standort Luxemburg, die Festlegung einer klaren strategischen Linie in Sachen Bankgeheimnis, den Ausbau der Börse als weiterem Pfeiler des Finanzplatzes. Die Straffung des Staatshaushalts und die Schaffung eines Staatsfonds, sind weitere Anregungen der UEL.

## Langfriststrategie benötigt

Die Saliariatskammer legte ihrerseits ein 160seitiges Dokument vor, das heute vollständig veröffentlicht werden soll und in dem zunächst Ursachenforschung zur Krise betrieben wird, die mit mangelnder Wettbewerbsfähigkeit Luxemburger Unternehmen wenig zu tun habe. Auch nicht mit den Zugeständnissen an die Arbeitnehmer und schon gar nicht mit dem Indexsystem. Beide Positionspapiere bergen viel Diskussionspotenzial, das ausgeschöpft werden sollte, auch darüber schien gestern Einigkeit zu herrschen, da Luxemburg eine langfristige Strategie zur Absicherung von Wirtschaftsstandort und Sozialsystem benötige.

Viel Neues findet man in den Stellungnahmen, die Premier Juncker als „zu wenig auf die Krise ausgerichtet“ qualifiziert haben soll, allerdings wiederum nicht.

> c.